

Antrag

der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

Das Potential des regenerativen Baustoffs Holz in der Entwicklungszusammenarbeit für die Herausforderungen des Klimawandels nutzen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Um das im Pariser Klimaabkommen vereinbarte Ziel, den weltweiten Temperaturanstieg auf deutlich unter 2 Grad zu begrenzen, erreichen zu können, müssen Deutschland und die Weltgemeinschaft bis Mitte des Jahrhunderts Energiegewinnung, Produktionsweisen und Konsum weitestgehend dekarbonisieren. Den Industrieländern, die durch ihre Entwicklung einen Großteil der bisherigen Treibhausgasemissionen verursacht haben, kommt dabei eine große Verantwortung zu. Aber es ist eine Herausforderung, welche die gesamte Menschheit betrifft. Deshalb müssen auch die Entwicklungs- und vor allem die Schwellenländer ihren Beitrag leisten.

Besonders das Bauen ist in seiner derzeitigen Art ein Sektor, der erheblich zum Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid (CO₂) und damit zum Klimawandel beiträgt. Allein die global steigenden Bevölkerungszahlen – bis zum Jahr 2050 werden bis zu 10 Mrd. Menschen auf der Erde leben – gebieten beim Bauen den Einsatz von ressourcenschonenden Rohstoffen und Materialien. Die gängigen Baustoffe wie Asphalt, Beton und Stahl auf der Grundlage endlicher Rohstoffe sind bei der Herstellung sehr energieintensiv und haben damit eine schlechte CO₂-Bilanz. Zusätzlich verbraucht der Bausektor enorme Ressourcen. Auch eine spätere Abfallbehandlung der eingesetzten Baustoffe gilt es zu kalkulieren. Nach Schätzungen der Vereinten Nationen (VN) entfällt zum Beispiel in Europa auf das Bauwesen fast die Hälfte des Rohstoffverbrauchs. Dies ist vor dem Hintergrund der Endlichkeit der planetaren Ressourcen ein nicht vertretbarer Weg, vor allem, sollten Entwicklungs- und Schwellenländer eines Tages ähnlich ressourcenintensiv bauen.

Hoffnung macht, dass aktuelle Innovationen und Werkstoffentwicklungen eine Reihe von ursprünglichen Baustoffen zu einer Renaissance führen, allen voran dem Rohstoff Holz, aber auch pflanzliche Fasern. Aufgrund von Innovationen und Werkstoffentwicklungen haben moderne Holzbauten lange Lebensdauern, eine hohe Wertbeständigkeit und erfüllen auch beim Brandschutz strenge Auflagen. Damit wird das Bauen mit Holz auch den gegenwärtigen Anforderungen hinsichtlich Wohnen und Arbeiten gerecht. Zudem können Holzbauten während der gesamten Lebensdauer von Gebäuden einen niedrigen Energie- und Ressourcenverbrauch aufweisen. Weiterhin kann Holz nach dem Abriss dem Material- bzw. Stoffkreislauf wieder zugefügt werden.

Gerade der Urbanisierungsdruck in den Entwicklungs- und Schwellenländern kann zu einer Wiederauferstehung des Baustoffs Holz führen. Mittlerweile ist man in der Lage, aus Holz Hochhäuser, Industrie- und Gewerbegebäude zu errichten. Ziel sollte es sein, CO₂-intensive konventionelle Bauweisen durch innovative Holzkonstruktionen zu ersetzen. Sollte dies in großem Umfang global realisiert werden, kann es zu signifikanten CO₂-Einsparungen sowie zur langfristigen Speicherung von Kohlenstoff in Gebäuden kommen und somit zur Dämpfung der globalen Klimaerwärmung beitragen. Wenn es gelingt, die benötigte Menge Konstruktionsholz auf nachhaltige Weise und aus nachhaltigen Quellen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu gewinnen, verringern sich vor Ort zudem Transportkosten und es würden neue Einkommensquellen entstehen. Nachhaltige Forstwirtschaft kann somit zu einer langfristigen wirtschaftlichen Entwicklung in den dafür geeigneten Ländern des Globalen Südens beitragen. Für die zu initiiierende Nachfrage nach heimischem Bauholz muss jetzt die Grundlage durch Anpflanzung und Aufforstung mit geeigneten standortspezifischen Gewächsen gelegt werden. Dazu dürfen keinesfalls Flächen, auf denen sich heute Primärwald, wertvoller Sekundärwald oder andere ökologisch wichtige Ökosysteme befinden, genutzt werden.

Zu den stark verbesserten und somit massentauglichen Materialeigenschaften kommt die positive Klimabilanz für den Baustoff Holz: Durchschnittlich bindet ein Kubikmeter Holz ca. eine Tonne CO₂. Weitere positive Materialeigenschaften von Holz sind gute Wärmedämmung und -speicherung, geringes Eigengewicht, hohe Zug- und Druckfestigkeit, lange Lebensdauer und gute Demontierbarkeit und Recyclingfähigkeit. Holz ist aufgrund der mit dem Werkstoff verbundenen kurzen Bauzeiten und des geringen Gewichts auch optimal zur Erweiterung bestehender Bauten geeignet. Damit kann den nicht nur in Industriestaaten, sondern auch in vielen Entwicklungs- und Schwellenländern notwendigen Nachverdichtungen des Wohnraums in Innenstadtbereichen nachgekommen und zugleich Flächenverbrauch vermieden werden.

Wie auch das Pariser Klimaabkommen von 2015 betont, sind insbesondere nachhaltig bewirtschaftete Wälder wichtige CO₂-Senken. Sie stellen auch enorme Ökosystemleistungen bereit. Leider sind die Wälder bedroht. Die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) schätzte 2020, dass pro Jahr 10 Millionen Hektar Wald zerstört werden, was fast der gesamten Waldfläche Deutschlands entspricht. Je nach Erfassungs- und Analyseverfahren gehen andere Quellen von Zahlen aus, die deutlich größer sind. Etwa 80 Prozent der Flächen werden für die landwirtschaftliche Nutzung gerodet. Derzeit gehen schätzungsweise 11 bis 20 Prozent der globalen Treibhausemissionen auf Waldvernichtung zurück.

Ein großes Problem ist der hohe Anteil illegal geschlagenen Holzes. Neben den ökologischen Schäden und der Belastung für das Klima beziffert die Weltbank den ökonomischen Schaden auf jährlich etwa 15 Milliarden US-Dollar, welche den betroffenen Staaten verloren gehen. Die sozioökonomischen Kosten, die durch die damit einhergehende Korruption und die zum Teil gewaltsamen Landrechtskonflikte einhergehen, sind noch nicht eingerechnet.

Es gilt also, die bestehenden Wälder zu schützen, gerodete und degradierte Flächen wieder zu bewalden bzw. wiederherzustellen, somit die Biodiversität zu erhalten und im Klimaschutz voranzukommen. Gleichzeitig gilt es damit, den Menschen eine nachhaltige Einkommensquelle durch die Anpflanzung von standortspezifischen und möglichst heimischen Bauholzen zu erschließen und deren nachhaltige Bewirtschaftung sicherzustellen. Dies sieht auch der Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC) so, der 2014 Aufforstung, nachhaltige Waldbewirtschaftung und reduzierte Entwaldung als die kosteneffektivsten Klimaschutzmaßnahmen bezeichnete.

II. Der Deutsche Bundestag begrüßt,

1. dass sich die Bundesregierung für die Agenda 2030 mit ihren 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung einsetzt, von denen die Ziele 2, 7, 13 und besonders 15 zum Waldschutz auffordern;
2. dass die Bundesregierung in ihrer bi- und multilateralen waldbezogenen Entwicklungszusammenarbeit vielfältige Ansätze unterstützt, die unter anderem Maßnahmen zur Stärkung der politischen, technischen oder wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den Partnerländern umfassen, wie beispielsweise die Unterstützung von guter Regierungsführung, verbesserte Landnutzungsplanung, Schaffung alternativer Einkommensmöglichkeiten zu waldzerstörerischen Aktivitäten, der Aufbau von entwaldungsfreien Lieferketten, Waldüberwachungssysteme, die Umstellung auf eine nachhaltige Forstwirtschaft und die Sicherung der legalen Holznutzung sowie die Einrichtung von Schutzgebieten;
3. das Strategiepapier des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) „Entwicklungspolitik 2030, Neue Herausforderungen – neue Antworten“ vom Oktober 2018, welches das Bundesministerium mit rund 2 Milliarden Euro für mehr als 200 Waldinitiativen als einen der größten Geber auf dem Gebiet des Waldschutzes ausweist und sich zum Ziel setzt, bis zum Jahr 2030 die Zerstörung natürlicher Wälder zu beenden und 350 Millionen Hektar entwaldete und geschädigte Waldlandschaften wiederherzustellen;
4. dass das BMZ den wissenschaftlichen Austausch zum Thema Waldschutz und Waldnutzung fördert und dabei unter anderem der Internationale Verband Forstlicher Forschungsanstalten (IUFRO), das europäische Tropenwald-Forschungsnetzwerk (ETFRN), das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) und Thinktanks wie Forest Trends unterstützt;
5. dass das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) im Rahmen der Internationalen Klimaschutzinitiative Partnerländer und deren Aktivitäten zum Erhalt und zur Wiederherstellung natürlicher Kohlenstoffsenken unterstützt, insbesondere das Rahmenwerk REDD+ (Reducing Emissions from Deforestation and Forest Degradation) umzusetzen;
6. dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) Maßnahmen des internationalen forstlichen Wissensaustauschs seit 2016 durch eine spezielle Förderrichtlinie fördert;
7. dass das BMEL sich mit der Charta für Holz 2.0 für einen verstärkten Klimaschutz, die Schonung endlicher Ressourcen und die Stärkung von Beschäftigung und Wertschöpfung durch die Verwendung von Holz aus nachhaltiger Forstwirtschaft einsetzt;
8. dass das BMEL und das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unter Beteiligung des BMU im Jahr 2020 eine unabhängige Arbeitsgruppe von Experten ins Leben gerufen haben, um Vorschläge zur Stärkung der deutschen Wald- und Holzforschung auszuarbeiten;
9. dass das BMBF bereits seit 2004 im Rahmen der „Forschung für Nachhaltige Entwicklung“ (FONA) und der Forschung zur Bioökonomie inter- und transdisziplinäre Vorhaben in der Wald- und Holzforschung fördert;
10. dass das festgelegte nationale Klimaziel durch das BMBF im Rahmen des Klimaschutzprogrammes 2030 forschungsseitig adressiert wird. Forschung zu nachhaltiger Forstwirtschaft und Nutzung von Holz wird auch der Frage nachgehen, welcher Beitrag zum Klimaschutz daraus geleistet werden kann;

11. dass Deutschland aktiv an der Erstellung der „New York Declaration on Forests“ (NYDF) beteiligt war, die 2014 auf dem Sondergipfel des Generalsekretärs der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, um die Zusammenarbeit verschiedener Interessengruppen für den Schutz und den Wiederaufbau von natürlichen Kohlenstoffsinken auf globaler Ebene zu stärken;
12. dass im Rahmen der Amsterdam Declaration Partnership zu entwaldungsfreien Lieferketten ein wichtiges Ziel bestehen bleibt, der fortschreitenden Entwaldung gemeinsam mit den Erzeugerländern entgegenzuwirken und dass unter deutschem Vorsitz im Winter 2020/2021 ein neues „Statement of Ambition 2025“ verabschiedet wurde. Damit sprechen sich von deutscher Seite BMZ, BMU und BMEL gemeinsam mit Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, den Niederlanden und Norwegen sowie den neuen Mitgliedern Belgien und Spanien für einen EU-Legislativvorschlag zu entwaldungsfreien Lieferketten aus, der im Juni 2021 von der EU-Kommission vorgelegt werden soll;
13. dass Deutschland Mitinitiator der Bonn Challenge zum Wiederaufbau von Wäldern ist, einer freiwilligen Initiative mit dem Ziel, insgesamt 150 Millionen Hektar zerstörten Waldes bis zum Jahr 2020 und 350 Millionen Hektar entwaldeter und degradierter Waldflächen bis zum Jahr 2030 (New York Declaration on Forests) wiederherzustellen. Bereits 2017 lagen die Zusagen von Staaten und der Privatwirtschaft für den Wiederaufbau von Waldlandschaften bei 150 Millionen Hektar. Im Jahr 2020 beliefen sich die Zusagen bereits auf über 220 Millionen Hektar;
14. dass das BMZ die African Forest Landscape Restoration Initiative (AFR100-Initiative) im Rahmen der UN-Klimakonferenz (COP21) in Paris 2015 mitinitiiert hat und deren Umsetzung in einigen Ländern auch finanziell unterstützt. Dies ist eine afrikaweite Initiative, die einen regionalen Beitrag zu den Zielen der internationalen Bonn Challenge leistet und insgesamt bis zum Jahr 2030 100 Millionen Hektar Wälder und baumreiche produktive Landschaften wiederaufbauen will, um so Wiederbewaldung, Ernährungssicherung und die Entwicklung ländlicher Räume in Einklang zu bringen;
15. dass Deutschland zu den Unterstützern der UN-Dekade zur Wiederherstellung von Ökosystemen (2021 bis 2030) zählt;
16. das Internationale Tropenholz-Übereinkommen ITTA (International Tropical Timber Agreement), ein internationales Umwelt- und Handelsabkommen mit dem Ziel, einen nachhaltigen zwischenstaatlichen Handel mit Tropenholz zu gewährleisten, welches 2006 verabschiedet wurde und 2011 in Kraft trat;
17. dass sich die Mitgliedstaaten 2007 beim Waldforum der Vereinten Nationen (United Nations Forum on Forests, UNFF) zu konkreten Maßnahmen gegen den illegalen Holzeinschlag sowie zur verbesserten Zusammenarbeit gegen den Handel mit nicht rechtmäßig gewonnenen Hölzern verpflichtet haben;
18. die Forest Carbon Partnership Facility (FCPF), ein multilateraler Fonds bei der Weltbank, der Waldländer bei der Vorbereitung auf REDD+ unterstützt und über den Carbon Fund nachgewiesene Emissionsreduktionen aus REDD+ vergütet. Zudem werden zivilgesellschaftliche Organisationen aus Entwicklungs- und Schwellenländern dabei unterstützt, in die nationalen REDD+-Planungsprozesse mit eingebunden zu werden;
19. den Strategischen Plan der Vereinten Nationen für Wälder, welcher die internationalen Waldschutzziele besser koordinieren und so ihren Wirkungsgrad erhöhen soll;
20. die Erklärung der Vereinten Nationen über die Rechte der indigenen Völker (UNDRIP), die deren Recht auf Erhaltung und Schutz ihrer Umwelt und Produktivität ihrer Gebiete im Rahmen einer selbstbestimmten Entwicklung betont;

21. die 2012 vom Ausschuss für Welternährung verabschiedeten Voluntary Guidelines on the Responsible Governance of Tenure of Land, Fisheries and Forests (VGGT), welche Mindeststandards zum Umgang mit Nutzungsrechten von Land-, Fisch- und Waldgründen, Enteignungsregelungen, Entschädigungsprozesse sowie Standards guter Regierungsführung für die Landverwaltung festlegt;
 22. den EU-Aktionsplan zur „Rechtsdurchsetzung, Politikgestaltung und Handel im Forstsektor“ (FLEGT) mit der EU-FLEGT-Verordnung, bei der das BMZ die Aushandlung von Abkommen mit unterstützt, um so den illegalen Holzeinschlag von der Angebotsseite einzudämmen, sowie die EU-Holzhandelsverordnung (EUTR) mit Sorgfaltspflichten für Erstinverkehrbringer von Holzprodukten in der EU, deren Umsetzung das BMEL u. a. mit Einrichtung des Kompetenzzentrums für Holzherkünfte am Johann Heinrich von Thünen-Institut, Bundesforschungsinstitut für Ländliche Räume, Wald und Fischerei unterstützt.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) und weitere geeignete Forschungseinrichtungen zu beauftragen, noch stärker als bisher an Umwandlungsprodukten von nachwachsenden Rohstoffen und Weiterverarbeitungstechnologien für nachwachsende Rohstoffe mit einem besonderen Schwerpunkt auf Bauen und Konstruktion zu arbeiten. Dabei werden das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat und das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) eingebunden. Das erworbene Wissen ist mit ähnlichen Einrichtungen auf der ganzen Welt zu teilen;
 2. die forst- und holzwissenschaftliche Forschung und Lehre zu unterstützen und auszubauen, mit dem Ziel, internationalen Austausch und Know-how-Transfer zu stärken;
 3. sich dazu weiterhin am Erfahrungs- und Wissensaustausch über die Auswirkungen des Klimawandels zu beteiligen, neue Erkenntnisse für Anpassungsstrategien zum Schutz der Wälder zu gewinnen, eine Strategie zur lokalen, direkten Verwendung von Schadholz für Bauzwecke zu entwickeln und einen Beitrag zu leisten zur Unterstützung des Strategischen Plans der Vereinten Nationen für Wälder mit seinem Kohärenzziel und damit zur verbesserten Verknüpfung, Verbreiterung und Beschleunigung der weltweiten Maßnahmen zur Walderhaltung;
 4. über den Ausbau des Forschungs- und Technologietransfers mit Schwellen- und Entwicklungsländern Verfahren zum CO₂-Entzug durch dauerhafte Speicherung gerade auch in Bau- und Konstruktionsprodukten anzustoßen und zu entwickeln;
 5. diese Projekte in laufende Programme der ländlichen Entwicklung einzubauen, damit sie zum Erreichen sowohl der globalen Klimaziele als auch der Entwicklungsziele der betreffenden Länder und Regionen beitragen;
 6. darauf hinzuwirken, dass in den Partnerländern länderspezifisch online Informationen mit Beratungsangeboten zu den Einsatzmöglichkeiten lokaler Baumaterialien eingerichtet und gefördert werden. Die Einrichtung und Förderung einer Informationsplattform mit Beratungsangeboten zu den Einsatzmöglichkeiten lokaler Baumaterialien auf nationaler Ebene könnte als Multiplikator und zur Vernetzung auf internationaler Ebene dienen;
 7. bei den von Deutschland geförderten Bauprojekten in den Partnerländern stets zu prüfen, ob vor Ort erhältliche Baumaterialien wie Lehm, nachwachsende Rohstoffe, Naturstein oder Recycling-Baustoffe sinnvoll einsetzbar sind und wie Ansätze für nachhaltige Holzproduktion mit längeren Umtriebszeiten zur Erzielung wertvollen langlebigen Nutzholzes finanziell abgesichert und damit verstärkt auf die Fläche gebracht werden können;

8. wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Waldbilanz zu einem Kriterium für wirtschaftliche, finanzielle und technische Zusammenarbeit im Bereich Forstwirtschaft, Naturschutz und Biodiversität zu machen;
9. in den Partnerländern darauf hinzuwirken, dass bei der Neuausweisung von Flächen zur Produktion von nachwachsenden Rohstoffen ein nachvollziehbarer und transparenter Multi-Stakeholder-Prozess unter gleichberechtigter Einbeziehung der ansässigen Bevölkerung vorgeschaltet wird. Dabei müssen die Rechte Indigener beachtet und gewahrt bleiben;
10. weiterhin gemeinsam mit Schwerpunktländern ein Aufforstungs- und Bewirtschaftungskonzept zur ökologischen Verbesserung bisheriger Plantagen- oder Viehzuchtwirtschaft zu entwickeln und entsprechende forstliche Schulung und Betreuung der Landnutzer und deren Gemeinschaften sicherzustellen; dabei ist zu klären, ob Zuschüsse aus Mitteln der weltweit verfügbaren CO₂-Kompensationsfonds genutzt werden können;
11. dabei den Schwerpunkt auf Baum- und Pflanzenarten zu legen, die, klimatisch angepasst und standortspezifisch, eine mittel- und langfristige Versorgung der regionalen Bauwirtschaft mit nachwachsenden Produkten sicherstellen können. Dabei sind, um u. a. auch die Biodiversität zu erhalten, vor Ort heimische Baum- und Pflanzenarten zu bevorzugen und Primärwälder sowie wertvolle Sekundärwälder und andere ökologisch wichtige Ökosysteme in ihrem jetzigen Bestand zu schützen;
12. zu erreichen, dass
 - bei Holzimporten stets hohe internationale soziale und ökologische Standards beim Anbau und Rodungen eingehalten werden und die dafür notwendigen Zertifikate von unabhängiger Seite erstellt und überprüfbar sind,
 - stets ein gesicherter Nachweis durch unabhängige und überprüfbare Zertifizierung des nachhaltigen Holzeinschlags erbracht werden muss,
 - deutlich mehr Flächen und Staaten in Zertifizierungen wie FSC (Forest Stewardship Council) und PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) eingebunden sind und
 - der gemeinsame Erlass vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, BMEL, BMU und Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur zur Beschaffung von Holzprodukten von 2007 lückenlos und nachweislich angewandt wird;
13. die FAO dabei zu unterstützen, weltweit das Waldmonitoring kontinuierlich zu stärken, um so eine bessere Steuerung von Waldschutz und laufenden Aufforstungsprogrammen zu ermöglichen;
14. Technologien und Projekte zur organischen CO₂-Speicherung zu entwickeln und international in die Umsetzungsstrategien der Sustainable Development Goals der VN-Agenda 2030 zu integrieren.

Berlin, den 20. April 2021

Ralph Brinkhaus, Alexander Dobrindt und Fraktion

Dr. Rolf Mützenich und Fraktion

